



**Förderverein
Kita Niester Zwerge e. V.**

Satzung

Beschlossen auf der Gründungsversammlung am 04.07.2019;
zuletzt geändert durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 30.08.2019

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Name, Sitz, Geschäftsjahr	- 3 -
§ 2	Zweck des Vereins	- 3 -
§ 3	Mittel des Vereins	- 4 -
§ 4	Mitgliedschaft	- 4 -
§ 5	Rechte und Pflichten der Mitglieder	- 5 -
§ 6	Mitgliedsbeiträge	- 5 -
§ 7	Organe des Vereins	- 6 -
§ 8	Mitgliederversammlung und ihre Zuständigkeit	- 6 -
§ 9	Geschäftsgang der Mitgliederversammlung	- 7 -
§ 10	Außerordentliche Mitgliederversammlung	- 7 -
§ 11	Vorstand	- 8 -
§ 12	Aufgaben des Vorstandes	- 9 -
§ 13	Der Schriftführer	- 9 -
§ 14	Der Kassenwart	- 9 -
§ 15	Der Kassenprüfer	- 10 -
§ 16	Auflösung des Vereins	- 10 -
§ 17	Datenschutz im Verein	- 10 -
§ 18	Haftpflicht	- 11 -
§ 19	Gerichtsstand und Erfüllungsort	- 11 -
§ 20	Anwendung der Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB)	- 11 -

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen: „Förderverein Kita Niester Zwerge“.
2. Er soll in das Vereinsregister beim Amtsgericht Kassel eingetragen werden und führt so dann im Zusatz „e.V.“.
3. Der Verein hat seinen Sitz in 34329 Nieste.
4. Als Geschäftsjahr gilt das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck des Vereins

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabeverordnung.
2. Zweck des Vereins ist die Förderung der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Erziehung und Volksbildung in Form der ideellen, materiellen und finanziellen Förderung der Kindertagesstätte Niester Zwerge. Insbesondere soll dieser Zweck durch nachfolgende Maßnahmen und Aufgabenstellungen verwirklicht werden:
 - a. Erwerb von Materialien wie Büchern, Spielzeugen, allg. pädagogischen Hilfsmitteln,
 - b. Förderung von Exkursionen, Wanderungen, Fahrten,
 - c. Förderung von Vorträgen, kulturellen oder sportlichen Veranstaltungen, Lehrgängen,
 - d. Unterstützung bedürftiger Kinder bei der Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen und in sonstigen Einzelfällen,
 - e. Unterstützung bei der pädagogischen Arbeit,
 - f. Öffentlichkeitsarbeit zur Gewinnung von Sponsoren und Mitgliedern.
3. Der Verein strebt eine enge Zusammenarbeit aller beteiligten Personen an. Dazu gehören insbesondere die Leitung der Kindertagesstätte, die Erzieherinnen und Erzieher, die Erziehungsberechtigten und Angehörigen der Kinder, der Elternbeirat, der Träger der Kindertagesstätte sowie die Förderer des Vereins.
4. Zur Erfüllung des Satzungszwecks sollen geeignete Mittel, die durch Mitgliedsbeiträge, Spenden, Zuschüsse sowie sonstige Zuwendungen und Einnahmen generiert wurden, eingesetzt werden.
5. Eine Förderung erfolgt nur insofern und nur in den Bereichen, als die von Träger, Gemeinde und Land für die Kindertagesstätte bereitgestellten Haushaltsmittel und Zuschüsse nicht ausreichen.
6. Der Verein ist konfessionell und politisch neutral.

7. Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

§ 3 Mittel des Vereins

1. Die Mittel des Vereins, einschließlich etwaiger Überschüsse, dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke gemäß § 2 verwendet werden.
2. Die Mitglieder erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus Vereinsmitteln.
3. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
4. Über die zweckmäßige Verwendung der Mittel entscheidet der Vorstand. Der Elternbeirat ist zu informieren und hat beratende Funktion.

§ 4 Mitgliedschaft

1. Mitglied kann jede volljährige, natürliche und juristische Person werden, die bereit ist, Ziele und Satzungszwecke des Vereins nachhaltig zu fördern und sich zur Zahlung des Mitgliederbeitrags schriftlich verpflichtet. Die Mitgliedschaft wird durch einen schriftlichen Antrag erworben. Über die Aufnahme entscheidet abschließend der Vorstand mit einfacher Stimmenmehrheit. Der Vorstand ist nicht verpflichtet Ablehnungsgründe dem/der Antragsteller/in mitzuteilen, ein Aufnahmeanspruch ist ausgeschlossen. Die Mitgliedschaft gilt auf unbestimmte Zeit.
2. Die Mitgliedschaft endet:
 - a. durch schriftliche Austrittserklärung gerichtet an den Vorstand, mit einer Kündigungsfrist von 4 Wochen zum Ende des Quartals,
 - b. durch Tod,
 - c. bei juristischen Personen durch deren Auflösung,
 - d. durch Ausschluss, über den der Vorstand mit einfacher Mehrheit beschließt.
3. Ein Mitglied kann nur aus wichtigen Gründen ausgeschlossen werden. Wichtige Gründe sind insbesondere:
 - a. ein Mitglied verstößt in erheblichem Maße gegen die Zielsetzungen des Vereins oder die Vereinsinteressen.
 - b. ein Mitglied ist mit der Zahlung des Mitgliedsbeitrages länger als ein Jahr im Rückstand, oder die vom Verein initiierte Lastschrift vom Konto des Mitglieds gleich aus welchem Grund ist zurückgebucht worden und eine schriftliche Mahnung mit Aufforderung zur Zahlung innerhalb einer weiteren Frist von 30 Tagen bleibt erfolglos.

Der Ausschließungsbeschluss des Vorstandes wird rechtswirksam, wenn das auszuschließende Mitglied nicht innerhalb von 2 Wochen nach Zustellung des Beschlusses dagegen schriftlich Einspruch eingelegt hat. Über den Einspruch entscheidet die ihm nächstfolgende Mitgliederversammlung.

Der Beschluss oder die Zahlungsaufforderung gilt auch dann als zugestellt, wenn der Brief an die zuletzt von dem Mitglied angegebene Anschrift abgesandt wurde und wegen falscher oder nicht mehr gültiger Anschrift nicht zugestellt werden kann.

4. Bei Beendigung der Mitgliedschaft, gleich aus welchem Grund, erlöschen alle Ansprüche aus dem Mitgliedsverhältnis. Eine Rückgewähr von Beiträgen, Spenden oder sonstigen Unterstützungsleistungen ist grundsätzlich ausgeschlossen. Der Anspruch des Vereins auf rückständige Beitragsforderungen bleibt hiervon unberührt.

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder sind berechtigt an allen angebotenen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen. Sie haben darüber hinaus das Recht, gegenüber dem Vorstand und der Mitgliederversammlung Anträge zu stellen.
2. Die Mitglieder sind verpflichtet den Verein und den Vereinszweck, auch in der Öffentlichkeit, in ordnungsgemäßer Weise zu unterstützen.
3. Die Mitglieder haben die in der Beitragsordnung festgesetzten Beiträge zu entrichten.
4. In Ausnahmefällen kann der Vorstand auf Antrag den Beitrag ermäßigen oder erlassen, wenn das Mitglied den Verein durch gemeinnützige Arbeit fördert.

§ 6 Mitgliedsbeiträge

1. Der Verein erhebt von seinen Mitgliedern einen regelmäßig zu zahlenden Beitrag, dessen Höhe durch gesonderte Beitragsordnung festgelegt wird.
2. Die Höhe der einzelnen Beiträge wird durch die Mitgliederversammlung beschlossen und gilt für die Zukunft bis zum 31.12. des Folgejahres. Im Gründungsjahr bis zum 31.12. des Gründungsjahres. Fasst die Mitgliederversammlung keinen neuen Beschluss, verlängert sich die Wirksamkeit um ein weiteres Jahr. Die Beschlussfassung ist auch bei unveränderten Beitragsätzen Punkt der Tagesordnung.
3. Der Mitgliedsbeitrag ist jährlich zu entrichten. Eine monatliche oder quartalsweise Teilzahlung ist in Ausnahmefällen möglich und vom Vorstand zu genehmigen.
4. Der Beitrag ist unaufgefordert zu Beginn des Kalenderjahres/Quartals/Monats zu zahlen. Die Erteilung einer Einzugsermächtigung ist möglich und gewünscht.

5. Eine freiwillige Mehrzahlung, die den festgelegten Mitgliedsbeitrag überschreitet, wird als Spende behandelt.
6. Eine Haftung der Mitglieder über den festgesetzten Beitrag hinaus ist ausgeschlossen.
7. Dem Verein können Spenden zugeführt werden, die den Verein nicht belasten und im Sinne des § 2 dieser Satzung verwendet werden.

§ 7 Organe des Vereins

1. Organe des Vereins sind
 - a. die Mitgliederversammlung,
 - b. der Vorstand.

§ 8 Mitgliederversammlung und ihre Zuständigkeit

1. Oberstes Organ des Vereins ist die Mitgliederversammlung.
 - a. In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme.
 - b. Sofern ein Mitglied an dem Termin der Mitgliederversammlung verhindert ist, ist dessen Stimmübertragung auf ein anderes Mitglied zulässig. Die Stimmübertragung hat in schriftlicher Form zu erfolgen und ist nachzuweisen. Jedes teilnehmende Mitglied darf zusätzlich nur ein anderes abwesendes Mitglied vertreten.
 - c. Auf Beschluss des Vorstands können Gäste ohne Stimmrecht an der Mitgliederversammlung teilnehmen.
2. Den Vorsitz der Mitgliederversammlung führt die/der 1. Vorsitzende, dessen Vertreter/in oder ein/e von der Mitgliederversammlung gewählte/r Versammlungsleiter/in.
3. Die Mitgliederversammlung beschließt über:
 - a. die Wahl und Berufung der Mitglieder des Vorstands,
 - b. das Einsetzen von Ausschüssen, die Erteilung von Sonderaufgaben an diese oder an einzelne Mitglieder,
 - c. die Entgegennahme des jährlichen Geschäftsberichts und die Bestellung des Rechnungsprüfers,
 - d. die jährliche Entlastung des Vorstands,
 - e. die Abberufung des Vorstands,
 - f. die Mindesthöhe des jährlichen Mitgliedsbeitrags,
 - g. eine Änderung der Satzung,
 - h. die Auflösung des Vereins,

- i. sonstige Angelegenheiten, die vom Vorstand der Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden oder deren Erörterung von mindestens einem Viertel der anwesenden Mitglieder unmittelbar in der Mitgliederversammlung beantragt wird.
4. Die Stimmabgabe erfolgt offen durch Handzeichen. Auf Antrag eines Mitgliedes ist geheim abzustimmen, wenn dies nicht mit zwei Dritteln der anwesenden Stimmen zurückgewiesen wird.

§ 9 Geschäftsgang der Mitgliederversammlung

1. Alljährlich findet mindestens eine ordentliche Mitgliederversammlung statt. Den Ort, der auch Sitz des Vereins bilden soll, und die Zeit bestimmt der Vorstand.
2. Zu den Mitgliederversammlungen werden die Mitglieder mindestens zwei Wochen vorher schriftlich (per Einzel-Email oder -Brief), mit Angaben zur Tagesordnung, eingeladen. Die Tagesordnung wird vom Vorstand festgesetzt. Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen. Der Versammlungsleiter hat zu Beginn der Mitgliederversammlung die Ergänzung bekannt zu geben. Über Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die in der Mitgliederversammlung gestellt werden, beschließt die Versammlung.
3. Bei einfachen Beschlüssen ist die Mitgliederversammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig. Sie fasst die einfachen Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder.
4. Über Satzungsänderungen und über den Antrag auf Auflösung des Vereins ist die Mitgliederversammlung nur beschlussfähig, wenn mindestens ein Viertel der eingeschriebenen Mitglieder anwesend sind. Der Beschluss bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen. Ist die Mitgliederversammlung nicht beschlussfähig, so muss der Vorstand innerhalb eines Monats eine weitere Mitgliederversammlung mit der gleichen Tagesordnung einberufen. Diese Mitgliederversammlung kann eine Satzungsänderung oder die Auflösung des Vereins ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschließen.
5. Über die Beschlüsse ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Versammlungsleiter und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist. Die Niederschrift muss Ort und Tag, sowie Tagesordnung und Anwesenheitsliste der Versammlung enthalten.

§ 10 Außerordentliche Mitgliederversammlung

1. Wenn das Interesse des Vereins es erfordert, kann der Vorstand eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Auf unbegründeten schriftlichen Antrag von mehr als einem Viertel der Mitglieder muss der Vorstand unverzüglich eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen.

2. Die außerordentliche Mitgliederversammlung hat dieselben Rechte wie die ordentliche Mitgliederversammlung.
3. Die Bestimmungen über die ordentliche Mitgliederversammlung finden bei der außerordentlichen Mitgliederversammlung entsprechende Anwendung.

§ 11 Vorstand

1. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:
 - a. Erste/r Vorsitzende/r,
 - b. Zweite/r Vorsitzende/r,
 - c. Schriftführer/in,
 - d. Kassenwartin/ Kassenwart.
2. Die in § 11 Nr. 1 genannten Vorstandsmitglieder sind Vorstand im Sinn des § 26 BGB. Die/der 1. oder die/der 2. Vorsitzende und ein weiteres Vorstandsmitglied vertreten gemeinsam den Verein gerichtlich und außergerichtlich. Im Innenverhältnis übt die/der 2. Vorsitzende seine Vertretungsmacht nur bei Verhinderung der/des 1. Vorsitzenden aus.
3. Der Vorstand leitet die Vereinsarbeit und trägt die Verantwortung für die Erfüllung der sich aus der Satzung und den Beschlüssen der Mitgliederversammlung ergebenden Aufgaben.
4. Ständige/r Teilnehmer/in an allen Vorstandssitzungen sollte ein Mitglied des Personals der Kindertagesstätte sein. Ist diese/r Teilnehmer/in Mitglied im Förderverein, ist sie/er automatisch stimmberechtigter Beisitzer/in.
5. Der Vorstand kann bei Bedarf weitere Beisitzer/innen benennen, die an den Vorstandssitzungen teilnehmen und den Vorstand bei seinen vielfältigen Aufgaben beraten und unterstützen.
6. Der Vorstand wird für ein Jahr gewählt. Wiederwahl ist zulässig.
7. Die gewählten Vorstandsmitglieder können jederzeit durch Beschluss der Mitgliederversammlung abberufen werden.
8. Der Gesamtvorstand ist beschlussfähig bei Anwesenheit von mindestens drei Mitgliedern. Seine Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmgleichheit ist die Stimme der/des 1. Vorsitzenden entscheidend. Schriftliche Stimmabgabe muss erfolgen, wenn auch nur ein Mitglied dies verlangt.
9. Beschlüsse des Vorstands werden in einem Protokoll festgehalten, das von der/dem Sitzungsleiter/in und der/dem Protokollführer/in unterzeichnet wird.

10. Scheidet ein Mitglied des Vorstands aus, so kann der Vorstand für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen eine/n Nachfolger/in wählen.
11. Die Tätigkeit im Vorstand ist ehrenamtlich und unentgeltlich. Die Mitglieder des Vorstands haben, nach Absprache mit dem Vorstand und nach Vorlage der Belege, jedoch Anspruch auf Ersatz ihrer für den Verein geleisteten Auslagen.

§ 12 Aufgaben des Vorstandes

1. Der Vorstand führt die laufenden Geschäfte des Vereins. Insbesondere entscheidet er über die Verwendung der Mittel. Dabei ist er an die Beschlüsse der Mitgliederversammlung gebunden.
2. Der Vorstand stellt der Mitgliederversammlung zu seiner Entlastung einen Tätigkeitsbericht und die Jahresabrechnung vor. Erteilt die Mitgliederversammlung dem Vorstand Entlastung, billigt diese die Geschäftsführung als im Wesentlichen ordnungsgemäß.
3. Der Vorstand ist für die Durchführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung verantwortlich.
4. Der Vorstand soll den Verein in der Öffentlichkeit vertreten.

§ 13 Schriftführer/in

1. Die/der Schriftführer/in erledigt alle schriftlich anfallenden Arbeiten des Vereins. Sie/er führt über jede Sitzung des Vorstands und der Mitgliederversammlung Protokoll.
2. Sie/er verfasst Vereinsmitteilungen und -informationen und hält Kontakt mit der örtlichen Presse.
3. Sie/er kann in der Wahrnehmung ihrer/seiner Aufgaben durch einzelne Mitglieder des Vorstands entlastet werden. Dies erfordert den Beschluss des Vorstands.

§ 14 Kassenwart/in

1. Alle Kassengeschäfte werden von der/dem Kassenwart/in geführt.
2. Die/der Kassenwart/in hat jährlich in der Mitgliederversammlung, sowie auf Aufforderung des Vorstands, einen Kassenbericht vorzulegen.
3. Alle Überweisungsaufträge für Banken, sowie Abhebungen von den Konten oder Sparbüchern werden jeweils von zwei Personen unterzeichnet. Diese Personen sind: 1. Vorsitzende/r oder 2. Vorsitzende/r und /Kassenwart/in.

4. Die/der Kassenwart/in ist verantwortlich für den Eingang und die Überprüfung der Beiträge.

§ 15 Kassenprüfer/in

1. Bei der Jahresmitgliederversammlung ist ein/e Kassenprüfer/in für die Dauer von einem Jahr zu wählen. Im Gründungsjahr bei der der Gründungsversammlung.
2. Die/der Kassenprüfer/in hat die Aufgabe, Rechnungsbelege sowie deren ordnungsgemäße Verbuchung und die Mittelverwendung zu überprüfen sowie mindestens einmal jährlich den Kassenbestand des abgelaufenen Kalenderjahrs festzustellen. Die Prüfung erstreckt sich nicht auf die Zweckmäßigkeit der vom Vorstand getätigten Ausgaben. Die/der Kassenprüfer/in hat die Mitgliederversammlung über das Ergebnis der Kassenprüfung zu unterrichten.

§ 16 Auflösung des Vereins

Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zwecks fällt das Vermögen des Vereins an den Förderverein der Grundschule Nieste e.V., der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

§ 17 Datenschutz im Verein

1. Zur Erfüllung der Zwecke und Aufgaben des Vereins werden unter Beachtung der Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) personenbezogene Daten über persönliche und sachliche Verhältnisse der Mitglieder/innen im Verein verarbeitet.
2. Soweit die in den jeweiligen Vorschriften beschriebenen Voraussetzungen vorliegen, hat jedes Vereinsmitglied insbesondere die folgenden Rechte:
 - das Recht auf Auskunft nach Artikel 15 DS-GVO,
 - das Recht auf Berichtigung nach Artikel 16 DS-GVO,
 - das Recht auf Löschung nach Artikel 17 DS-GVO,
 - das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DS-GVO,
 - das Recht auf Datenübertragbarkeit nach Artikel 20 DS-GVO und
 - das Widerspruchsrecht nach Artikel 21 DS-GVO.
3. Den Organen des Vereins, allen Mitarbeitern oder sonst für den Verein Tätigen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als dem jeweiligen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, bekannt zu geben, Dritten zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Diese Pflicht besteht auch über das Ausscheiden der oben genannten Personen aus dem Verein hinaus.

§ 18 Haftpflicht

Der Verein haftet gegenüber den Mitgliedern nicht für Schäden und Sachverluste, die bei der Ausführung von Tätigkeiten und Handlungen entstehen, die auf die Erfüllung des Vereinszwecks gerichtet sind.

§ 19 Gerichtsstand und Erfüllungsort

Für Streitigkeiten zwischen dem Verein und seinen Mitgliedern sind die Gerichte zuständig, in deren Bereich der Verein seinen Sitz hat. Das Gründungsprotokoll und die Satzung müssen vom Vorstand an das Amtsgericht weitergegeben werden, nachdem die Satzung von mindestens 7 Mitgliedern unterzeichnet worden ist. Der Antrag ist von allen Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen.

§ 20 Anwendung der Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB)

Soweit die Satzung keine Regelung trifft, gelten die Regelungen des BGB über das Vereinsrecht.